



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

B., M.: Der Stand der schleswig-holsteinischen Frage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Stand der schleswig-holsteinischen Frage.

Wenn wir die Berichte und Urtheile, welche unsere Presse in den letzten Monaten über den Streit zwischen Dänemark und Deutschland gebracht hat, überblicken, so finden wir, daß die Mehrzahl der Blätter nur eine holsteinische oder holstein-lauenburgische Frage kennt, und betrachtet man die Noten und Depeschen, mit denen bisher von den Mandataren des deutschen Bundes und zuletzt von diesem selbst mit den Herren in Kopenhagen über diese Angelegenheit Krieg geführt wurde, so muß man sich mit jener Bezeichnung einverstanden erklären; denn nirgend erwähnten diese Documente den Namen Schleswigs. Da das Land zwischen Eider und Königsau noch existirt, ebenso wenig ins Königreich Dänemark aufgegangen als ins Meer versunken ist, und da das Recht Holsteins auf Zusammengehörigkeit mit dem nördlichen Nachbarherzogthume durch die Verträge von 1852 nur modificirt, keineswegs aufgehoben wurde, so vermöchten wir uns jene beharrliche Schweigsamkeit gegenüber den auch hier, ja hier in stärkerem Grade verletzten deutschen Rechten und Interessen nur mit der Furcht vor einem Einspruch der nichtdeutschen Großmächte zu deuten. Indes fällt, da England durch die Sendung des Generalconsuls Ward nach Schleswig bekundete, daß es die Grenze der deutsch-dänischen Frage nicht am Südufer der Eider sieht, und selbst russische Zeitungen anerkennen dürfen, daß Deutschland in Schleswig Rechte zu wahren hat, auch dieser Erklärungsgrund zum Theil hinweg, und es scheint, da wir von der deutschen Diplomatie doch unmöglich annehmen dürfen, sie sei sich in der Sache nicht klar, nichts übrig zu bleiben als die Vermuthung, die deutsche Bundesversammlung unterlasse die Sache Holsteins in Schleswig zu erwähnen aus Rücksicht auf Frankreich oder — Oestreich.

Gesetzt aber auch den Fall, Schleswig wäre aus guten Gründen ein *noli me tangere* für den Bund, so hat die Presse diese Gründe nur als vorläufig noch vorhanden zu behandeln, und es ist ihre Pflicht, möglichst oft und möglichst energisch daran zu erinnern, daß hier nicht bloß ein Zerwürfniß zwischen Frankfurt und Kopenhagen wegen in Holstein verletzter ständischer Rechte, sondern die Frage nach der Zukunft Dänemarks vorliegt, daß hinter dem Bundestage, wie hinter dem dänischen Ministerconseil eine öffent-

liche Meinung existirt, die sich mit dem Gesamtstaat, dessen Bestehen beide zur Basis ihrer Unterhandlungen nahmen, nicht einverstanden erklärt, daß die Frage nur halb gelöst wird, wenn man sie auf Holstein beschränkt, nicht auch auf Schleswig ausdehnt.

Ob die vollständige Lösung derselben gegenwärtig möglich ist, ob Preußen, der dabei zunächst betheiligte Staat, erst die Bündnisse reifen zu lassen hat, deren Anknüpfung oder Vorbereitung jetzt das Gerücht verkündigt, darf unseres Erachtens dabei nicht in den Vordergrund gestellt werden. Es genügt zu wissen, daß sie überhaupt möglich ist; daß sie sich vollziehen wird, sobald das gesammte deutsche Volk sich die volle Bedeutung des Streites zum Bewußtsein gebracht hat und, ebenso fern von zu weitfliegenden Hoffnungen wie von zu ängstlich messender Beschränkung, mit aller Wucht seiner Ueberzeugung und seines Willens nach den ihm hier gesteckten Zielen hindrängt. *Eidora Romani terminus imperii* — so las man einst über dem einen Thore Rendsburgs. Die Dänen durften, nachdem 1852 die Herzogthümer von Deutschland entwaffnet waren, diese Inschrift abnehmen und in die Rumpfkammer werfen. Die Grenze war, so schien es einige Jahre, bis an die Elbe, bis an die Thore Hamburgs vorgeschoben. Es war vorauszusehen, daß ein Rückschlag erfolgen würde, er kam, und jetzt möchten die Dänen das Grenzzeichen wieder aufrichten, wo es einst gestanden. Die Diplomaten der eschenheimer Gasse würden sich vermuthlich damit begnügen. Sie werden vielleicht mit noch Wenigerem zufrieden sein. Die deutsche Nation aber, so weit sie ihre Interessen auf der cimbrischen Halbinsel kennt, wird dazu nicht ihr Amen sprechen; sie wird sagen, was sie selbst weggenommen, soll weggenommen bleiben, nicht die Elbe, aber auch nicht die Eider bilde in Zukunft unsere Markscheide im Norden; sie wird dies in einem feinen Gedächtniß behalten, und den Wunsch zur Wirklichkeit werden lassen sobald sie kann.

Noch nie erwiesen die Verträge, welche die Diplomaten ewige nannten, sich wirklich als ewig, am wenigsten die, welche gegen die Natur waren. Und das weiß man in Schleswig-Holstein. Diese Niedersachsen, diese Friesen und Angler, die jetzt des Ausgangs der Verhandlungen begierig von jenseit des dänischen Schlagbaums zu uns herüberblicken, sind ein langathmiges, wettergehärtetes Geschlecht, mit ruhigem Blut und ausdauernden Nerven gesegnet, wie kein anderer deutscher Stamm. Sie haben sich vier Jahrhunderte hindurch allein des Dänenthums erwehrt, haben in den letzten zehn Jahren Enttäuschung auf Enttäuschung in ihren gerechtesten Erwartungen erlebt, ohne zu verzweifeln, ohne auf die Dauer auch nur zu zweifeln. Sie werden sich keinen Illusionen über das Einschreiten des Bundes hingeben, werden ein festes Wort von ihm in ihrer Sache, beschränke es sich auch auf Holstein, als erste Abschlagszahlung nach langem Schuldverweigern, und als ein Gewicht in

ihre Wagschale, welches die der Dänen wenigstens ein Stück emporschnelles läßt, mit Dank annehmen und die so gebesserte Lage benutzen, weiter zu graben und weiter zu bauen, bis eine größere Zeit dem Hause das Dach aufsetzt und den First mit dem Kranze schmückend ihm den Namen gibt, der jetzt bloß als feuriger Wunsch im Herzen der Bauleute lebt: Schleswig-Holstein, Deutschlands Nordmark.

Dies war vorauszusenden, damit die nachstehende Entwicklung des Standes der schleswig-holsteinischen Sache nicht der Tadel treffe, von einem Hoffnungslosen ausgegangen zu sein. Wir wenden uns jetzt sofort zu den Parteien in der Frage und deren Programmen, wobei wir, da diese Frage mittelbar weit in die Verhältnisse des gesammten Nordens hineingreift, auch solche Parteien zu berücksichtigen haben, die sich nicht direct auf unsern Hauptgegenstand beziehen.

Wir beginnen mit der Partei, welche durch ihr Programm den Interessen Deutschlands am strengsten entgegengesetzt ist und auch in Dänemark die wenigsten Mitglieder zählt, gleichwol aber die Neugestaltung der dänischen Staatsverhältnisse nach ihren Grundsätzen durchgeführt hat, indem dieselben von den Großmächten als zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts nothwendig angesehen wurden. Die Gesammtstaatsmänner wollen einen dänischen Staat in der Weise des jetzigen Oestreich, verbunden ohne Rücksicht auf die verschiedenen Nationalitäten, unter einem König, der im Königreich Dänemark durch eine sehr freisinnige Verfassung beschränkt, in Schleswig, Holstein und Lauenburg factisch so gut wie absoluter Herrscher ist, und der, während er sich in Dänemark durch keinerlei andere Rücksichten als die auf die Volksvertretung gebunden sieht, in Betreff Holsteins und Lauenburgs sich an die Beschlüsse des deutschen Bundes zu halten hat. Es gab verschiedene Wege, diesem, wie man auf den ersten Blick bemerkt, naturwidrigen Gedanken Form und Ausdruck zu geben. Man konnte die mit allen Mitteln eines wirksamen Einflusses auf die Verwaltung ausgestattete Volksvertretung des Königreichs (Reichstag) in ihrer Machtvollkommenheit bestehen lassen, den frühern Provinzialständen der Herzogthümer einige Scheinrechte verleihen, und für die Vertretung der Interessen des Gesammtstaats mit Rücksicht auf seine auswärtige Politik, auf Finanzen, Heer und Flotte eine gemeinsame Reichsversammlung (Reichsrath) berufen, die nur mit beratender Stimme ausgestattet war. In diesem Falle wäre der dänische Reichstag mit seiner beschließenden Befugniß, wie sofort zu erkennen, nicht bloß für das Königreich, sondern auch für die Herzogthümer die maßgebende Versammlung geworden, auch wenn man sich entschlossen hätte, den deutschen Theilen der Monarchie im Reichsrath gleichviel Stimmen wie den dänischen zu geben. Man konnte aber auch auf die Vertretung des Gesammtstaats das Hauptgewicht legen, ihr die stärkere Einwirkung auf die Verwaltung einräumen und

den dänischen Reichstag auf das Niveau einer Provinzialversammlung herabdrücken. In diesem Falle trat die Herrschaft des dänischen Volkes über die Deutschen im Gesamtstaat weniger roh zu Tage. Die Unterordnung des deutschen Elements aber unter das dänische blieb dieselbe, wenn man nicht, was die Dänen nie zugeben könnten, die Deutschen gleichviele Vertreter in den Reichsrath schicken lassen wollte. Ja selbst bei diesem Zugeständniß würde nur unter der Voraussetzung einer vollkommen unparteiischen Regierung — Beweise, daß Unparteilichkeit im Cabinet von Kopenhagen nicht zu suchen, ja bei der Art der Dänen nicht einmal möglich ist, bedarf es nicht — der nachtheilige Einfluß, den das Ministerium in den Herzogthümern auf die Reichsrathswahlen üben kann, weggefallen und gleiche Vertretung beider Nationen erreicht worden sein. Angenommen aber, sie wäre zu erreichen gewesen, so würde bei den auseinandergehenden Interessen und der unheilbaren Verbitterung beider Theile die Staatsmaschine ein Wagen geworden sein mit zwei Deichseln, eine nach Süden, die andere nach Norden gerichtet, jede gleich stark bespannt, keine von der Stelle rückend, eine Lächerlichkeit, eine Monstrosität.

Man beließ es daher dabei, daß die Deutschen unter allen Umständen im Reichsrath in der Minorität sein mußten. Aber auch so hätten es die Dänen nur dann zu einem vollständigen Siege und damit zu vollständiger Danisirung des Gesamtstaats bringen können, wenn Aussicht vorhanden gewesen wäre, das deutsche Element in der Bevölkerung zu vernichten. Es gelang bloß eine der Unterjochung ähnliche Unterordnung herbeizuführen. Was den Deutschen in den Herzogthümern an Zahl abgeht, ersetzen sie durch größern Reichthum, durch eine durchschnittlich höhere Bildung und vor allem dadurch, daß sie hinter sich die Hoffnung auf die vierzig Millionen Stammgenossen haben, die sie nicht immer im Stich lassen werden. Unter normalen Verhältnissen herrschte bisher in Kopenhagen immer das deutsche Element; man reiche ihm die Hand, und es wird in Kurzem wieder herrschen.

Der Gesamtstaat wäre somit nur unter zwei Bedingungen herzustellen. Die eine wäre die, daß in sämtlichen Theilen der dänischen Monarchie der Absolutismus wieder aufgerichtet, die Volksvertretung in Dänemark abgeschafft, oder der in den Herzogthümern gleichgestellt, und die Herrschaft Dänemarks über letztere in die Hände eines unumschränkten Monarchen zurückgegeben würde, welcher außer der Macht auch den Willen besäße, das leidenschaftliche Bestreben der Dänen, ihr Wesen über den Süden auszudehnen, im Zaum zu halten. Die andere Bedingung wäre innigster Anschluß des Gesamtstaats an Deutschland, Eintritt desselben in den deutschen Bund. Beide Bedingungen sind, zu Plänen formulirt, bereits laut geworden und haben Vertheidiger, selbst kleine Parteien um sich gruppiert. Unter den Dänen haben sie durchaus keinen

Boden. Wer sie nur nennen wollte, würde einen Sturm der Entrüstung auf sich herab beschwören, mit dem Namen eines Verräthers gebrandmarkt werden. Wir lassen es dahin gestellt sein, ob es einem klugen und energischen Fürsten möglich wäre, etwaige Umstände benutzend, die Beschränkungen seiner Macht durch die jetzt geltende Verfassung für fortan ungiltig zu erklären und die alte Cabinetsregierung wieder einzuführen. Es würde bei der durch und durch demokratischen Art des Volkes mindestens ein hartes Stück Arbeit sein. Eins aber ist sicher: ein dänischer König, welcher in Verfassung und Verwaltung, in der Verwendung zum Staatsdienste, in der Berücksichtigung der Sprachverhältnisse, in Betreff der materiellen Interessen eine wirklich paritätische Stellung der beiden Nationalitäten mit Gewalt durchsetzen wollte, würde keinen Minister mit dänischem Namen finden, seine Anordnungen zu vollstrecken, kein dänisches Bataillon, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen.

Der Plan eines Eintritts Dänemarks in den deutschen Bund verdient, da sich gewichtige Stimmen selbst von skandinavischer Seite dafür ausgesprochen haben, eine ausführlichere Erörterung. Die, welche ihm das Wort reden, fassen die Dänen als nicht mehr rein skandinavischen Stamm auf, behaupten, sie seien der großen Mehrzahl nach ein Mischvolk, nennen, indem sie darauf hinweisen, daß vor dem Kriege um Schleswig-Holstein in den gebildeten Kreisen Kopenhagens und der andern größern Städte das Deutsche die herrschende Sprache gewesen, daß diese Kreise vielfach Sympathien für das Deutschthum an den Tag gelegt, daß die deutschen Elemente in Literatur, Lebensweise, Ton u. s. w. des Dänenthums einen wesentlichen Bestandtheil gebildet, den jetzigen Haß gegen Deutschland Thorheit und Unnatur und meinen, jener Verdeutschungsproceß werde trotz aller Glut dieses Hasses fortgehen. Sie glauben, es sei unverständlich, dies zu leugnen oder zu ignoriren; man solle sich vielmehr darnach richten und sein System auf das Vorhandensein eines Elements bauen, daß sich eben nicht mehr ausscheiden lasse. Dänemark nach Norden hinzutreiben, heiße der Nation eine andere Entwicklungsbahn vorschreiben, als jene, welche ihr vorgezeichnet sei. Dänemarks Bestimmung sei, die Brücke, das verbindende Glied zwischen den beiden großen Hauptgruppen der germanischen Stämme, dem deutschen und dem skandinavischen zu bilden, nicht aber auf Spaltung und fanatischen Haß zwischen diesen so nahe verwandten Völkern hinarbeiten.

Dann gehen diese Stimmen weiter und fragen, ob die Dänen denn wirklich etwas verlieren würden, wenn sie sich ganz an Deutschland angeschlossen und die Schranken, die dem deutschen Wesen den Zugang wehrten, völlig niederrissen. Sie antworten, man werde nichts verlieren, aber viel gewinnen. Allerdings würde dann das Deutschthum die Oberhand erlangen, die deutsche Sprache bei öffentlichen Verhandlungen häufiger angewendet, und vielleicht

mit der Zeit die alleinherrschende werden. Aber darin läge nichts Drückendes oder Demüthigendes. Man könne einwenden, daß durch einen Anschluß an den deutschen Bund die Volksfreiheit in Gefahr kommen werde, ungebührliche Beschränkung zu erleiden. Aber man habe gesehen, daß die Freiheit auch in deutschen Staaten gewahrt werden könne, wofern nur der Fürst loyal sei und das Volk Festigkeit und Mäßigung zeige. Dagegen werde man sich durch einen solchen Schritt die wichtigsten Vortheile erwerben. Der Staatencomplex der dänischen Monarchie sei dann für alle Zeiten gesichert vor Schmälerung. Die einzelnen Theile könnten fester verknüpft, zu einem Einheitsstaat umgeschaffen werden. Dänemark und die Herzogthümer würden, wie der norwegische Geschichtschreiber Munch sich ausdrückt, den „Admiralstaat“ des deutschen Bundes bilden, die übrigen Bundesglieder den neuen Genossen mit Achtung behandeln, da jener Admiralstaat dem heißen Wunsche nach einer Flotte entspreche. Dänemark hätte dann Einfluß im Bunde und dadurch größere Macht und Bedeutung in der ganzen europäischen Staatenfamilie als gegenwärtig, und das Nationalgefühl würde bei einer so würdigen Stellung sicherlich nicht zu kurz kommen. Man solle daher in Dänemark den Muth der Umkehr, die nöthige Ergebung ins Unvermeidliche, den großen Sinn haben, „die Acten der nordischen Nationalität für ganz geschlossen zu erklären, und als dänisch-deutscher Staat in verjüngter kräftiger Gestalt wieder aufleben.“

Dies der Rath der echten Skandinavier an die Dänen. Man sieht daraus, daß jene diese und ihre Sehnsucht nach Vereinigung mit den Brüdern im Norden sehr kühl behandeln. Weshalb, werden wir sogleich sehen. Hier ist nur zu bemerken, daß, wenn man sie unter den näher Verwandten nicht mag, wenigstens nicht in der Gestalt mag, in der sie sich anbieten, auch trotz des Admiralstaats für uns keine Veranlassung vorliegt, sie zu mögen. Wir lassen es dahin gestellt sein, ob ein Anschluß der dänischen Monarchie an Deutschland, wie der angedeutete, die Billigung der nichtdeutschen Großmächte erlangen, ob er anders als durch einen Krieg durchzusetzen sein, ob er uns nicht England auf immer entfremden würde. Eine feste Allianz mit der letztern Macht würde einem Bündniß mit Dänemark vorzuziehen sein, ein Gewinn Schleswig-Holsteins mit seinen herrlichen Kriegshäfen uns den Admiralstaat ermöglichen, den wir brauchen. Wir können nicht wünschen, die Elemente, welche die Entwicklung Deutschlands zu größerer Einigkeit stören, durch ein neues zu vermehren, nicht wünschen, daß sich auch im Norden ein Glied anfüge, welches andere Interessen als reindeutsche hat, ganz abgesehen davon, daß man uns von vornherein mit Hintergedanken angehören und in kritischen Zeiten eine andere Fahne aufstecken würde, als die des Bundes, und ganz abgesehen davon, daß wir uns damit bei den Erbansprüchen des petersburger Hofes an Dänemark die angenehme Hoffnung näher rücken würden, einen

russischen Gesandten in Frankfurt mittagen zu sehen. Die einzige Macht im Bunde, die von ihrem Standpunkte aus vielleicht zu diesem Projecte ja sagen könnte, ist Oestreich. Es wäre ein Schritt zur Verwirklichung der Idee von der Verwandlung Deutschlands in das gepriesene mitteleuropäische Siebzigmillionenreich mit seinen Szeklern und Magyaren, Polaken und Italienern, und es wäre ein neuer Hemmschuh für die Entwicklung Preußens zu größerer Macht, die in der bevorstehenden Verbindung Braunschweigs mit Hannover ohnedies für die nächste Zukunft schwere Beeinträchtigung zu fürchten hat.

Wie es aber für den deutschen Patrioten keines Pathos bedarf, um ihm die Thorheit dieses Vorschlags klar zu machen, so werden auch die Dänen eher in alles Andere willigen, als in einen Anschluß an den Süden. Schon seit mehren Jahrzehnten, besonders aber seit 1848 gehört in Dänemark bei weitem der größere Theil derer, die auf Talent und Bildung Anspruch machen, der skandinavischen Partei an, die zugleich die liberale ist. Diese Partei leugnet, daß Dänemark bereits so germanisirt sei, daß es mehr deutsches, als skandinavisches Wesen besitze, und sie hat darin nicht Unrecht. Wenn sie dagegen behauptet, was das dänische Volk vom deutschen empfangen habe, sei ohne Ausnahme vom Uebel, so sollten ihr bei einiger Anlage zur Selbsterkenntniß wenigstens insofern Zweifel darüber aufsteigen, als die Grundgedanken, denen sie ihre Existenz verdankt, aus Deutschland stammen, als sie fast in allen ihren Zügen ein getreuer Abklatsch des Franzosenfresserthums der zwanziger Jahre ist. Der einzige wesentliche Unterschied ist, daß bei letzterem das Gefühl des Hasses, bei den dänischen Skandinaven die Furcht vor dem Gegner überwog. Die Politiker dieser Classe sagen, Dänemark wird vom Deutchthum verschlungen, die Volksthümllichkeit untergraben, die Freiheit bedroht; Dänemark hat darum, wenn es seine Existenz retten will, sich an den Norden, an Schweden und Norwegen anzuschließen, alles Deutsche bis herab auf die deutsche Buchstabenschrift abzuthun, sich durch Aufnahme echtskandinavischer Elemente in sein Wesen zu regeneriren, gegen den Süden und seine Einflüsse eine unübersteigliche Grenzmauer zu errichten. Wir sehen von der Berechtigung dieses Hasses gegen Deutschland ab, und lassen es, wenn zugleich Ton auf die Behauptung freisinniger Einrichtungen gelegt wird, unerörtert, ob diese Einrichtungen durch eine Verbindung mit Schweden und Norwegen in der Weise der kalmarischen Union den Bestrebungen Rußlands gegenüber besser gesichert sein würden, als durch ein freundschaftliches Verhältniß Dänemarks und der gesammten skandinavischen Welt zu Deutschland, das doch über kurz oder lang den Kampf mit Rußland aufnehmen muß. Wir begreifen, daß die nationale Partei in Dänemark nur mit Factoren der Gegenwart rechnet, nicht an die Zukunft denkt. Sie hat eben Eile, da das Lämpchen am Verlöschen ist. Sie ahnt eben, daß ihr Land keine Zukunft

hat. Was wir aber auf den ersten Blick nicht begreifen, ist, daß die Partei ihre Grenzmauer gegen das verhaßte und gefürchtete Deutschthum quer durch ganz entschieden deutsches Gebiet ziehen will. Die Eiderdänen, wie jene Politiker in dieser Beziehung genannt wurden, sind überzeugt, daß das dänische Element in der Monarchie nicht stark genug ist, das deutsche zu unterwerfen, zu skandinavisieren. Die Regelung der Monarchie zu einem Gesamtstaat mußte darum dieser Partei sehr unerwünscht sein. Sie versuchte durch ihre Einwirkung auf die Verwaltung Holstein so viel als möglich zu danisieren, und man sprach jetzt von Elbdänen. Der Erfolg war, wie vorauszusehen, gleich Null, die Vertheidiger des elbdänischen Gesamtstaats wissen, daß derselbe nur existiren kann, wenn der deutsche Bund die Augen schließt, und daß Elbdänemark auch in diesem Falle eine für skandinavische Bestrebungen sehr wenig bequeme Maschine ist. Sie gestehen daher eine Absonderung Holsteins, des unzweifelhaft ganz deutschen und überdies zum deutschen Bunde gehörenden, nicht nur zu, sondern fordern sie sogar als nothwendig für die Verwirklichung ihrer Wünsche. Schleswig soll von dem südlichen Nachbarherzogthum getrennt und durch Realunion mit Dänemark verbunden, zur Provinz gemacht, einverleibt, derselben Verfassung und Verwaltung theilhaft werden. Daß die ganze Südhälfte des Landes genau so deutsch, wie Holstein ist, daß Holstein durch Verträge, auch durch die neuesten, fest mit Schleswig verknüpft ist, kümmert die Herren nicht. Daß die deutschen Schleswiger gezeigt haben, wie sie nicht im Entferntesten gesonnen sind, sich durch die Erlaubniß mit unter den Fittichen der dänischen Constitution Platz zu nehmen zur Verzichtleistung auf ihre alten guten Rechte und ihre Nationalität verlocken zu lassen, weiß die Partei. Es sieht sie aber nicht an; denn geht es nicht in der Güte, so geht es mit Gewalt. Daß es auch damit nicht gelingen will, haben die letzten Jahre zur Genüge bewiesen, und wenn man dennoch dabei beharrt, ein so halbstarrig antidänisches Element in dem reindänischen Staat zu behalten, so erklärt sich das nur daraus, daß man ohne Schleswig nicht im Stande ist, in der angestrebten nordischen Union das zu erreichen, was des Pudels eigentlicher Kern ist.

Dänemark muß rein nordisch werden, sagt das Glaubensbekenntniß der kopenhagner Skandinaven; es kann dies nicht aus eignen Kräften, es will sich darum auf Schweden und Norwegen stützen, um nordische Nahrung aus ihnen zu saugen. Es will aber auch trotz seines Bekenntnisses der Schwäche die erste Rolle in der neuen kalmarischen Union spielen. Der Bettler will König sein — ein kühner Gedanke, der aber leider von den beiden nordischen Nationen, die in seine Verwirklichung zu willigen hätten, nicht goutirt, von den Mildurtheilenden unter ihnen mindestens unklar, von den Strengeren unredlich gescholten wird. Damit das kleine Dänemark etwas stattlicher auf-

treten könne, soll Schleswig bis an die Eider sich in dänisches Land verwandeln. Es soll die „Morgengabe“ sein, die Dänemark den beiden andern Köpfen des dreihauptigen Skandinavismus zubringt, wenn es sich ihnen als dritter anschließt. Die Schleswiger meinen zwar, es möge vielmehr die Elle sein, die nach der Bibel niemand seiner Länge zusetzen kann. Die Eiderdänen aber haben sich den Gedanken mit der Morgengabe einmal zurecht gemacht, ihre Eitelkeit denkt nicht an jenes schwärmerische Aufgehen in einem großen Nordlande, sie wollen im Süden erobern, um im Norden erobern zu können. Dänemark gilt ihnen als Hauptland Scandinaviens, Kopenhagen als dessen Hauptstadt. Es versteht sich deshalb von selbst, daß die Hegemonie in der Union bei Dänemark sein muß. War sie es doch in der (beiläufig nicht durch Vertrag, sondern durch Waffengewalt zu Stande gekommenen, den Schweden sehr wenig ersprießlichen) kalmarischen Union, und ist doch Dänemark das alte noch — wenigstens im Wollen, wenn nicht im Können. Alle Besonnenen in Schweden und Norwegen haben diesen Hintergedanken erkannt, und sehen die Redensarten der Dänen von skandinavischer Verbrüderung mit Mißtrauen an. Die Unlust, sich mit den Hilfe und zugleich Herrschaft Heischenden einzulassen, äußert sich besonders stark bei den Norwegern, welche durch eignen Schaden klug geworden sind, indem sie ganz so wie jetzt die Schleswig-Holsteiner erfahren haben, wie die Union mit Dänemark, mag sie auch das Gleichheits- und Selbstständigkeitsprincip für die in ihr begriffnen Länder proclamiren, immer mit Unterjochung und Ausnutzung für den andern Theil endigt.

Können die nördlichen Scandinavier schon deshalb auf eine Union mit Dänemark-Schleswig nicht eingehen, so stehen dem auch andere gewichtige Gründe entgegen. Wenn Dänemark nur Holstein, nicht auch Schleswig, wenigstens den südlichen Theil, aufgäbe, so könnten die andern beiden Reiche nicht daran denken, ihm die Aufnahme in ihren Bund zu gewähren, da sie sich in diesem Falle für einen kleinen Zuwachs an Stärke eine große Gefahr eintauschen würden. Die Aufnahme würde dann das Ergebniß eines Strebens sein, welches sich offen feindlich gegen Deutschland erklärte. Die, welche sie gewährten, würden damit in denselben Gegensatz zu dem deutschen Interesse treten, wie Dänemark, und nach dem, was wir bisher aus dem Munde der Verständigen in den beiden nordskandinavischen Reichen vernahmen, muß man annehmen, daß die Schweden und Norweger nichts von Feindschaft mit Deutschland wissen wollen. Man müßte sich, wofern man an eine Union ginge, sichern, nicht bei jeder Gelegenheit, wo das Nationalgefühl der Deutschen zu wallen beginnt, in einen Krieg mit dem Süden verwickelt zu werden, und die einzige Garantie wäre grade im Fahrenlassen jener Morgengabe, die sich, wofern sie angenommen würde, den verhängnißvollen Gaben der Mythe gleich

zeigen müßte, an die sich für jeden Empfänger Unheil, Streit und Blutvergießen knüpfen.

In Schweden und Norwegen hat sich der Scandinavismus bis jetzt, sofern das Volk in Frage kommt, mehr in unbestimmter Weise kundgegeben und im Wesentlichen auf Reden und Toaste von geistigem Zusammenwirken beschränkt. Man gebrauchte ihn hier als Mittel, sich in eine angenehme enthusiastische Stimmung zu versetzen oder gab sich auch dem Gefühl jenes wirklichen Bruderbundes hin, welcher zwischen den Ländern der skandinavischen Halbinsel besteht. Dieses Gefühl reichte vollständig aus, um sich mitunter einen Rausch in politischer Begeisterung zu trinken, und in diesem Rausch und seinem überströmenden Jubel nahm man den Dänen als den Bitter auf den Inseln mit, ohne sich seine eignen Empfindungen dabei weiter zu zergliedern. Die Vorkommnisse bei den Studentenfesten in Kopenhagen und Stockholm sind keine Widerlegung, sondern ein Beweis für diese Auffassung. Sie beweisen aber auch noch etwas Anderes.

Außer dem Volke nämlich gibt es noch eine andere Macht, die mit dem Scandinavismus geht, die aber nichts mit idealistischen Träumen zu schaffen hat, sondern ebenso materielle und weit besser auf die Wirklichkeit basirte Zwecke verfolgt, als die kopenhagner Patrioten. Wir meinen die Dynastie Bernadotte.

Um es gleich von vornherein auszusprechen, die skandinavische Idee, wie sie vom schwedischen Königshause verstanden wird, ist nicht die der Scandinaven in Kopenhagen. Dieses will weder einen dreiköpfigen Staatenbund, bei welchem das sich auf Schleswig als Piedestal und dann noch auf die Zehen stellende Dänemark den Größten macht und eine Rolle spielt, wie einst in der kalmarischen Union, noch auch eine solche Gestaltung, wo dieses Dänemark die Eigenschaft eines selbstständigen Reiches mit besonderer Verfassung bewahrt. Was sie allein erstreben können, weil es sie allein stärker machen könnte, ist die Einverleibung Dänemarks in das schwedische Reich. Die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte zeigt nichts davon, daß die Idee der skandinavischen Union im Bewußtsein der nordischen Völker Wurzel behalten hat, wol aber meldet sie, daß wenigstens zwei schwedische Könige allen Ernstes daran gedacht haben, Dänemark zu erobern, und daß man andererseits zweimal in Kopenhagen mit dem Plan umging, das dänische Königshaus auf den schwedischen Thron zu bringen. Will man darin den Gedanken der Einheit des skandinavischen Nordens erblicken, so war derselbe jedenfalls andern Schlags, als der, welchen die dänischen Patrioten auf ihre Fahne schrieben. Wir haben aber alle Ursache, anzunehmen, daß er in Stockholm zur Tradition geworden ist, und daß die jetzige schwedische Dynastie, wenn sie sich der Ermunterung der skandinavischen Bestrebungen zu widmen scheint, damit nichts Anderes

bezweckt, als Plänen und Absichten den Boden zu bereiten, wie sie jener zehnte und zwölfte Karl verfolgten. Rußland hatte der schwedischen Krone Norwegen verschafft. Man war in Stockholm dankbar dafür, und da sich zu diesem Gefühl der Dankbarkeit das in politischen Dingen stärkere Gefühl der Furcht vor dem mächtigen Nachbar gesellte, so galt Schweden bis auf den letzten Krieg als guter Freund des Zarenreichs. Die in diesem Kriege erlangte Erkenntniß, daß Rußland nicht so stark sei, als man gemeint, schwächte jene Anhänglichkeit, führte zu dem bekannten Garantie- und Defensivvertrag mit den Westmächten, und hieß selbst gegen Rußland rüsten. Ein Einmarsch in Finnland war das Tagesgespräch. Der Friede ließ es nicht so weit kommen. Die alte Freundschaft aber war nicht wieder herzustellen, und so hatte die schwedische Politik in Betreff Dänemarks ferner keine Rücksichten auf Rußlands Interesse zu nehmen. Man konnte jetzt bei der durch das Verfahren gegen Schleswig-Holstein herbeigeführten Zerrüttung der dänischen Monarchie, bei dem sehr wahrscheinlichen Aussterben des kopenhagner Königshauses, bei der Ernennung eines Thronfolgers gegen das alte Recht und bei der in einem großen Theile des Volks sich immer lauter und banger kundgebenden Ueberzeugung, daß nur ein Anlehnen an die Verwandten im Norden Dänemark vor dem Untergang retten könne, recht wohl glauben, daß die Zeit zur Ausführung jener dynastischen Pläne des vorigen Jahrhunderts nahe sei, und daß man es wirklich glaubte, zeigt die Aufeinanderfolge von Demonstrationen, die das Ministerium Scheele zu der Depesche vom 20. Februar vorigen Jahres veranlaßte.

Das Auftreten des Königs Oskar und des Kronprinzen (jetzigen Regenten) seit jener Umwandlung der auswärtigen Politik Schwedens sieht nur bei oberflächlicher Betrachtung harmlos aus. Auf der Naturforscherversammlung in Christiania im Frühling 1856 betonte der Kronprinz und damalige Vicekönig zum ersten Male officiös die Einheit, nicht die Einigkeit, des Nordens. Deutlicher sprach bald nachher der König, indem er den Besuch dänischer und norwegischer Studenten in Stockholm als eine ihm und seinem Hause dargebrachte Hulldigung behandelte, seinen Gästen einen festlichen Empfang bereitete, an dem sich höhere Beamte beteiligten, und dann eine Rede hielt, in der er seine Freude über die Verbrüderung der skandinavischen Jugend ausdrückte, die für die Zukunft Bedeutung habe. Wenige Wochen später machte der Kronprinz einen Besuch in Kopenhagen, wie es schien, mehr den Studenten, als dem Hofe. Ein Fackelzug, den ihm die erstern bringen wollten, wurde „als politische Demonstration“ verboten, und so kam es bloß zu einer feierlichen Begrüßung, auf welche der Prinz in längerer, ganz im Stil der skandinavischen Enthusiasten gehaltener Rede antwortete. Ein zukünftiger König aber begibt sich nicht unter die Studentenschaft eines andern Landes,

um sich als Schönredner hören zu lassen, und es galt hier nicht einer phantastischen Lorbeerkrone, sondern einer andern, einer Krone von solidem Metall. Wer daran zweifeln konnte, mußte sich durch den König selbst eines Bessern belehren lassen, als derselbe den Reichstag dieses Jahres mit den Worten schloß: „Die glückliche Vereinigung im Norden schlägt mit jedem Jahre tiefere Wurzeln in dem Herzen und in dem Bewußtsein der skandinavischen Brudervölker. Treu meinen Pflichten als Unionskönig, durchdrungen von dem Gedanken, der dem Bunde zu Grunde liegt, bemühe ich mich, den großartigen Bau zu vollenden, die Theile desselben auszuführen, welche ins Leben zu rufen die Umstände bisher noch nicht zuließen.“

Deutlicher konnte man nicht sprechen. Man sah sofort in Kopenhagen, daß es nicht die poetische Idee der nordischen Union, nicht die Träume von „Fædrelandet“ und Genossen, sondern das in die Formen jener Idee gekleidete Streben des schwedischen Königshauses war, welches hier sich ausdrückte. Die scheele'sche Depesche machte die Sache nur ärger. Sie brachte eine Anklage, ohne sie beweisen zu können und wurde so vom schwedischen Cabinet mit leichter Mühe widerlegt. Der „Unionskönig“ aber war in der gewonnenen Position dadurch nur gestärkt und denen, die ihn bisher übersehen, gezeigt. Ob man in Stockholm bald oder überhaupt einmal ganz offen mit der Sprache herausgehen oder warten wird, bis der Drang der Umstände nöthigt, sich der Dänen anzunehmen, wird die Zukunft lehren. Vom deutschen Standpunkte ist die skandinavische Idee in dieser Gestalt willkommen zu heißen, da sie die Dänen in dem Gefühl bestärkt, daß es unmöglich für sie ist, ihre bisherige staatliche Existenz auf die Dauer fortzuführen, und da sie dieselben andererseits an die Obmacht Schwedens gewöhnt. In Betreff Schleswig-Holsteins dürfte auch von dem Könige gelten, was vorhin hinsichtlich der Volksmeinung in Schweden und Norwegen gesagt wurde. Ein von russischer Freundschaft emancipirtes Skandinavien ist nicht stark genug, um es auch mit Deutschland zu verderben, nicht stark genug, um nicht das dringende Bedürfnis zu empfinden, Deutschland zum Bundesgenossen zu haben. Dann aber müßte es die deutschen Herzogthümer aufgeben, vielleicht sogar Jütland, das ihm bei jedem von einem südlichen Gegner mit Energie geführten Kriege in wenigen Wochen verloren gehen würde. Wenn in neuester Zeit davon gesprochen worden ist, Schweden habe dem kopenhagner Cabinet das Anerbieten gemacht, ihm Schleswig zu garantiren, so wäre diese Offerte, die Begründung des Gerüchts vorausgesetzt, bei der jetzigen Lage der Dinge ohne Sinn, wenigstens nur in dem Sinne begreiflich, als es dem Hause Bernadotte vorläufig darum zu thun ist, sich möglichst tief in die dänischen Angelegenheiten zu mischen, eine Art Protectorat über Dänemark zu gewinnen und damit das Gefühl der Abhängig-

keit zu befestigen, von dem es nicht weit bis zur Neigung sich zu unterwerfen ist. Für eine endgiltige Regelung der Sache wäre damit nichts versprochen.

Wir werfen jetzt einen Blick auf die Parteien, welche sich im Süden in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage gebildet haben, und begegnen hier zunächst einer Partei, die ihrer Natur nach nur mit Widerstreben und durch Rücksichten bewogen, die mit der Sache selbst nichts zu schaffen haben, eine Aenderung in dem bestehenden Verhältniß wünschen und unterstützen kann, dann einer zweiten, welche die Rechte Holsteins und Lauenburgs innerhalb ihrer Grenzen, wie diese Rechte durch die Verträge und Zusagen von 1851 und 1852 festgestellt sind, aufrichtig zur Geltung zu bringen bestrebt scheint, hierauf noch etwas weiter links einer dritten, die an die Rechte Holsteins in Schleswig erinnert, die der Bund ohne gegen die Großmächte zu verstößen, zu wahren im Stande sei. Dann schließen sich die an, welche das Recht Holsteins auf Schleswig, entweder nach den alten Grundsatzungen auf ganz Schleswig, oder in Berücksichtigung der Nationalitätsverhältnisse und der größern Wahrscheinlichkeit eines gütlichen Abkommens auf Schleswig, so weit es deutsch spricht, befürworten. Endlich gibt es Politiker, welche die schleswig-holsteinische Frage nicht eher für gelöst halten können, als bis auch Jütland und damit die gesammte cimbrische Halbinsel aus dem Verbande mit den dänischen Inselstiftern gelöst, Cimbrien an Deutschland, die Inseln an Schweden überwiesen sind — eine Vertheilung, die, wie wir im Voraus bemerken können, jedenfalls sehr andere Conjunctionen und Constellationen erheischt, als sie die Gegenwart darbietet.

Wenn wir unter der zuerst bezeichneten Partei verstehen, kann nicht zweifelhaft sein. Oestreichs Politik in der schleswig-holsteinischen Sache hat eine wesentliche Veränderung auch in der letzten Zeit nicht erlitten. Das wiener Cabinet hat nach seinen absolutistischen Principien den Widerstand der Herzogthümer vom Anfang an als unberechtigte Auslehnung angesehen. Es hat als Regierung eines größentheils außerdeutschen Staates auch hierbei stets das europäische Interesse, nicht das deutsche im Auge gehabt. Ihm lag die Betrachtung des Gleichartigen in beiden Monarchien näher als die des Ungleichen, und es konnte nach dem Genius seiner eignen neuen Staatsordnung nicht daran zweifeln, daß es im Gesamtstaat Dänemark ebenso wie im Gesamtstaat Oestreich gelingen werde, die verschiedenen Theile desselben in Zucht und Ordnung zu halten und den Widerstreit der Nationalitäten in kluger Weise zur Befestigung der landesherrlichen Gewalt zu nutzen. Oestreich hat endlich kein Interesse dabei, daß Deutschland sich auf der cimbrischen Halbinsel befestige, es wünscht im Gegentheil, daß Deutschland und zunächst die norddeutsche Großmacht keinen Einfluß auf die Geschiehe Schleswig-Holsteins erlange, daß sich kein deutscher Staat bilde, dem die Häfen und Küsten der Herzogthümer die Basis eines

auch auf dem Meere mächtigen geben würden. Wenn es sich den Depeschen Preußens anschloß, so geschah dies einestheils, um dieses nicht vor der öffentlichen Meinung als alleinigen Hüter der deutschen Rechte im Norden erscheinen zu lassen, andernteils, um von vornherein hemmend wirken zu können, vielleicht auch, weil der Streit indirect gegen ein russisches Interesse gerichtet war, oder weil ihm die constitutionellen Einrichtungen Dänemarks zuwider sind — sicherlich nicht, um den Gesamtstaat zu erschüttern, der sein Abbild und die bequemste Handhabe ist, Preußen Unbequemlichkeiten zu verursachen. Es hat Oestreich in der Bundesversammlung zugestimmt, als der Antrag gestellt wurde, in Holstein und Lauenburg gegen die dänische Willkür zu protestiren. Wir dürfen aber überzeugt sein, daß es die Stimme und der Einfluß Oestreichs war, woran der Antrag Hannovers auf ein Inhibitorium scheiterte, daß jede energische Maßregel in der Angelegenheit denselben Widerspruch erfahren, jede Erwähnung Schleswigs durch den Bundestag von derselben Seite her gehindert werden wird.

Unter diesen Umständen bleibt den Bundesgliedern, welchen es aufrichtig um die Wahrung der Rechte Deutschlands in Holstein und Lauenburg zu thun ist, nur eine beschränkte Wirkungssphäre. Die Forderungen, welche von Frankfurt an Dänemark gestellt werden, gehen nicht über die Eider hinaus und können nur eine Modification des Gesamtstaats, nicht die Gefährdung desselben zur Folge haben. Man beanstandete den ohne vorherige Vernehmung der Stände Holsteins und Lauenburgs erfolgten Erlaß des Verfassungsgesetzes für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie als Verletzung von Artikel 56 der wiener Schlußacte, so wie als Nichterfüllung der im Jahre 1852 übernommenen Verpflichtungen. Man erstreckte diese Beanstandung auf die besondere Verfassung Holsteins, indem man verlangte, daß die §§. 3 und 4 derselben, welche die Gegenstände bestimmen, die als allgemeine Angelegenheiten der Monarchie und die als besondere holsteinische betrachtet werden sollen, den Provinzialständen, deren Verathung sie bisher entzogen gewesen, zur Begutachtung vorgelegt würden. Man behauptete, die Gesamtverfassung verstoße auch in materieller Hinsicht und vorzüglich in Betreff der Domänen gegen die gegebenen Zusagen, indem die Domänen früher Sache der einzelnen Landestheile gewesen, durch das Patent vom 23. Juli 1856 aber den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie zugezählt worden seien. Man beklagte sich ferner, daß die Zusage, in dem Gesamtstaat solle kein Theil dem andern untergeordnet werden, nicht erfüllt worden, indem in der Repräsentation dieses Gesamtstaats die Vertreter des Königreichs Dänemark sich im Uebergewicht befänden und die Competenz dieser Versammlung (des Reichsraths) in die speciellen Rechte und Interessen Holsteins und Lauenburgs schädlich eingreife. Man beanstan-

dete sodann auf Grund des Bundesrechts den §. 5 der Gesamtverfassung, welcher für den Fall eines Thronwechsels den Regierungsantritt des Thronfolgers von vorübergängiger Leistung des Eides auf die Verfassung abhängig macht, und inzwischen ein ministerielles Interregnum anordnet. Man forderte endlich die bis jetzt verschobene Regulirung der Grenze zwischen Holstein und Schleswig.

Ohne Zwang wird Dänemark nur die weniger wichtigen dieser Beschwerden und Forderungen berücksichtigen. Der folgenschwerste Punkt, der den Gesamtstaat wesentlich umgestalten müßte, ist der, welcher auf das Verlangen nach gleicher Stimmenzahl für alle im Reichsrath vertretenen Landestheile hinauszläuft. Ginge das Cabinet von Kopenhagen darauf ein, so würde sich die Unmöglichkeit des Gesamtstaats in constitutioneller Form noch deutlicher als bisher herausstellen, ja die Deutschen würden, falls Lauenburg, Holstein und Schleswig jedes ebenso viele Repräsentanten hätten, im Reichsrath in noch stärkerer Maße die Oberhand haben, als jetzt die Dänen. Wir können nicht glauben, daß man im dänischen Cabinet daran denkt, dies zuzugestehen. Zwangsmaßregeln aber wird der Bund aller Wahrscheinlichkeit nach nicht verhängen, und so dürfte sich der Nutzen des ganzen Einspruchs darauf reduciren, daß die öffentliche Meinung in Deutschland wieder einmal lebhafter an unsern wunden Fleck im Norden erinnert, und zugleich über das eigentliche Wesen des Bundestags, sein Wollen und Vermögen aufgeklärt wird. Die Nachricht der „Independance Belge“, die dänische Regierung habe sich entschlossen, eine Revision der Specialverfassung Holsteins durch die Stände dieses Herzogthums anzuordnen, und die Gesamtverfassung der Monarchie nach den Forderungen des Bundes und den Wünschen der holsteinischen Stände abzuändern, verlange dafür aber gänzliche Trennung Holstein-Lauenburgs von Schleswig, indem für die beiden ersten Herzogthümer eine bloße Personalunion, für Schleswig dagegen eine Realunion in Vorschlag gebracht werde, ist sicher verfrüht, wo nicht völlig unbegründet. Damit wäre der Gesamtstaat aufgegeben, das Programm der Eiderdänen adoptirt, und so weit sind die Dinge noch lange nicht gediehen in Kopenhagen. Andererseits aber muß man dort wissen, daß der Gegner in Frankfurt mit dieser Wendung der Sache nicht einverstanden sein würde, nicht weil man sich dort durch das Recht Holsteins auf enge Verbindung mit Schleswig zum Widerspruch aufgefordert findet, sondern weil Oestreich, wie gezeigt, den Gesamtstaat erhalten zu sehen wünscht.

Von der Meinung derjenigen, welche die nach dem Jahre 1852 übrig gebliebenen Rechte Holsteins in Schleswig betonen, ist in Nummer 9 dieser Blätter die Rede gewesen, und wir kommen demnächst ausführlich auf diese Rechte zurück. Hier nur so viel, daß dieselben unsrer Meinung nach sehr wohl auch von Bundeswegen zu Forderungen zu formuliren wären, daß aber

auch mit ihnen nur Nebenhergehendes, Vorläufiges, keineswegs der allein erspriessliche Abschluß der Frage für immer zu erreichen ist. Es handelt sich hier nicht um größere oder geringere Zugeständnisse Dänemarks, sondern um eine Reconstruction des ganzen Staats auf Grundlage seiner geschichtlichen Entwicklung. Die staatsrechtliche Stellung der Herzogthümer Schleswig-Holstein könnte zunächst in der Gestalt, wie sie vor 1848 bestand, denselben wiedergegeben werden, und da das Königreich Dänemark inzwischen ein constitutioneller Staat geworden ist, so wäre, um das nothwendige Gleichgewicht herzustellen, den Herzogthümern eine der dänischen ähnliche Verfassung zu verleihen. Das londoner Protokoll macht ein Schleswig-Holstein in der dänischen Monarchie nicht unmöglich. Da die Dänen aber mit Recht nichts so sehr fürchten, als eine solche Selbstständigkeit und ein solches Vereinigtsein der deutschen Elemente im deutsch-dänischen Staat, so ist die Hoffnung nicht ausgeschlossen, es werde sich noch eine Lösung finden lassen, die unsern Interessen und rechtverstanden auch denen Dänemarks günstiger ist. Wiederherstellung der vormärzlichen Verhältnisse in Schleswig-Holstein und Verleihung constitutioneller Rechte an dieselben hieße nach der Meinung der Dänen den Staat Dänemark vernichten, und bei dieser Ansicht würden sie, wenn jenes mit Energie gefordert würde, zu einem Opfer geneigt sein. Mit dem Opfer Holsteins allein, welches uns jetzt von den eiderdänischen Blättern angeboten wird, können wir uns nicht begnügen. Es gab eine Zeit, wo man vielleicht in Deutschland mit einer Ausscheidung Holstein-Lauenburgs aus der dänischen Monarchie, vorausgesetzt, daß diese eine vollständige, das Herzogthum aus jedem Zusammenhang mit Dänemark lösende gewesen, hätte zufrieden sein können. Man hätte das Rechtsprincip über dem Nutzen vergessen, für den sofortigen unangefochtenen Besitz des kieler Hafens und der Eiderfestung Rendsburg die unsichern Aussichten auf Schleswig opfern können. Das war vor dem Kriege. Die Frage wurde indeß damals nicht aufgeworfen. Jetzt ist ein Zusammengehen der deutschen Patrioten mit den Eiderdänen schon deshalb unmöglich, weil ein Aufgeben Schlesiens, um dessen willen der Krieg ganz allein geführt wurde, gegen die Ehre Deutschlands ist. Davon abgesehen bedürfen wir zum sichern Besitz des kieler Hafens mindestens Schleswig bis zum Dannewerk, der Schlei und den Treene-sümpfen.

Die Ehre Deutschlands wird nur gewahrt werden, wenn der nächste nationale Gesichtspunkt, der sich auch mit der Billigkeit verträgt und in dieser Beziehung bereits einmal von England empfohlen wurde, betreten, wenn die Sprachgrenze zur politischen Grenze gemacht wird, wenn man eine Linie von Flensburg nach Tondern zieht, die, wosfern sie in der Mitte ein wenig nach Süden einbiegt, beiden Nationalitäten Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Die Vertheidiger des Rechtsprinzips müßten sich damit begnügen, und sie könnten es um so mehr, als auch dieser Abschluß der Frage kein endgiltiger wäre, da das Vorrücken deutscher Sprache und Art auf der Halbinsel doch allmählig einen Zustand herbeiführen würde, der es für den skandinavischen Staat, in welchen Dänemark einst aufgehen wird, zur Unmöglichkeit macht, eine andere Grenze festzuhalten, als die, welche die Natur in dem Meere gesetzt hat.

Blicken wir auf die Gegenwart, so wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der zuletzt angedeuteten Richtung nichts geschehen; wol aber könnten die Diplomaten des deutschen Bundes ein derartiges vorläufiges Abkommen dadurch vorbereiten, daß sie das Recht benutzen, das ihnen die Worte der Proclamation des Königs von Dänemark von 1852 geben, „der für das Herzogthum Schleswig auszuarbeitende Gesetzentwurf wird insbesondere die erforderlichen Bestimmungen enthalten, um der dänischen und deutschen Nationalität in dem gedachten Herzogthum völlig gleiche Berechtigung und kräftigen Schutz zu verschaffen,“ die Danisirungsmaßregeln des kopenhagener Cabinets und vorzüglich das mit einer an Nachlosigkeit grenzenden Ungerechtigkeit entworfene und ausgeführte Sprachrescript vor das frankfurter Forum zu ziehen. Auf diese Weise würde die Sprachgrenze vorläufig festgestellt, ihre Verwandlung in eine politische angebahnt, und das Weitere könnte abgewartet werden. Mit Sicherheit dürfen wir darauf rechnen, daß die nächsten zehn Jahre Conjunctionen bringen werden, die klug benutzt, mindestens Südschleswig mit Deutschland vereinigen müssen.

Die deutsche allgemeine Kunstausstellung in München.

Der in diesen Blättern vor etwa einem Halbjahr ausgesprochene Wunsch: es möge das Beispiel der Manchesterausstellung auch bei uns Nachfolge finden, geht früher als wir es dachten in Erfüllung. Vor uns liegt die Einladung zur „deutschen allgemeinen und historischen Kunstausstellung in München“, welche am 15. Juli den Anfang nehmen und das Beste, was „seit Carstens im Vaterlande geschaffen worden“, zur Anschauung bringen soll. Wie dieses Unternehmen, für dessen erfolgreiche Verwirklichung wir nur das Beste wünschen, zu Stande kam, ist wohlbekannt. Die münchener Akademie feiert in diesem Jahre ihr funfzigjähriges Bestehen. Zur würdigen Begehung des Festes wurde ursprünglich beabsichtigt, durch eine Kunstausstellung ein anschauliches und vollständiges Bild der Entwicklung der Akademie dem Publicum vorzuführen, und die Hauptwerke aller Künstler, welche der münchener Akademie ihre Bildung verdanken, in derselben zu vereinigen. Nun schwebte

Grenzboten I. 1858.